

Presseerklärung

„Objektive Beschwerden – hier sind sie“

Die Bürgerinitiative (BI) „Durlach gegen Prostitution“ suchte am 16.03. das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern. Von 10:00 bis 14:00 Uhr war die Initiative gegenüber vom REWE-Parkplatz und im Rücken der Bushaltestelle Durlach Raiherwiesenstraße vor Ort.

Die BI sammelt derzeit Berichte über die Auswirkungen der Straßenprostitution auf das Leben und das Zusammenleben in Aue. Dabei ist besonders die aktuelle Belastungslage der Anwohnenden durch die Straßenprostitution von Interesse.

Obwohl vom Polizeipräsidium und dem Ordnungsamt immer wieder vorgetragen wird, (zuletzt in der Stellungnahme gegen die beantragte Ausweitung des Sperrbezirks auf Durlach) die Situation sei entspannt und es gebe keine Beschwerden, suchte die BI nach realen Erfahrungen vor Ort.

„Wir haben schon vor der Aktion am 16.03. Flyer bei den Anwohnenden des Straßenstrichs in die Briefkästen verteilt“, sagt Zahide Yesil von der BI. „Auf den Flyern haben betroffene Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit ihre Beschwerden auch anonym zu Papier zu bringen“, ergänzt Ulrike Schulte.

Die ausgefüllten Flyer konnten am Info-Stand abgegeben oder auch direkt am Stand ausgefüllt werden. Das Interesse war groß. Neben dem Bedürfnis sich auszutauschen, war die emotionale Belastung zu spüren. Die Schilderungen machten deutlich, dass das direkte Wohnumfeld zum „Sperrgebiet“ für Anwohnende geworden ist: „Freundinnen kommen abends nicht zu mir zu Besuch,“ berichtet eine Anwohnerin: „Mein Mann fährt mich, wenn ich Freundinnen besuche. Nachhause nehme ich ein Taxi.“

Ein Senior führt aus: „Unsere Tochter kommt mit ihrer Familie nicht zu uns zu Besuch, weil sie nicht weiß, was sie ihren Kindern antworten soll, wenn diese sie nach den Prostituierten fragen, die nur wenig bekleidet an der Straße stehen.“ Er führt weiter aus: „Die Damen stehen ja teilweise auch schon vor 22:00 Uhr an der Straße.“

Selbst ganze Familien (Mutter, Vater, Sohn, Tochter) suchten den Stand auf und teilten aus ihrer Perspektive ihre Erfahrungen mit. Die Mutter und sogar die minderjährige Tochter berichteten, dass sie von Freiern angesprochen wurden. Vater und Sohn erzählten, dass sie wiederholt von Prostituierten bedrängt wurden.

Die Behörden fordern, dass Geschädigte für eine Anzeige die Namen des Schädigers ermitteln. Geschädigte sollen den Namen der Schadensverursachenden bei der Anzeige angeben. Das sei für eine objektive Bewertung einer Anzeige notwendig. Nur dann könne eine Anzeige als „objektive“ Beschwerde gewertet werden.

„Das ist eine Überforderung für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Wie ist es mit unserem Rechtsstaat vereinbar, dass die Ermittlung von persönlichen Daten in einem Bedrohungsumfeld zu den persönlichen Aufgaben von Geschädigten erklärt wird?“ so die Sprecherin der BI Margot Isele. „Diese Anforderung ist definitiv unrealistisch und von Privatpersonen nicht einlösbar!“

Nun sollen in der Zusammenfassung die Beschwerden eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation abbilden. Damit können bei den Gesprächen mit den zuständigen Behörden die Bedürfnisse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund gerückt werden. Die aktuell gesammelten Informationen werden als Basis bei den weiteren Verhandlungen mit den dafür verantwortlichen Behörden von großem Nutzen sein.

Geplant ist, dass sich zeitnah wieder Ordnungsamt, Kriminalpolizei, Durlacher Polizeidienststelle mit der Ortsvorsteherin und der BI zu einem zweiten Gespräch, dieses Mal unter Beteiligung des Regierungspräsidiums im Durlacher Rathaus treffen. Hierbei sollen weitere Möglichkeiten der Unterstützung für die Bürgerinnen und Bürger in Aue gefunden werden.

„Wir als BI haben die Schilderungen der aktuellen Vorkommnisse nun schon ein zweites Mal eingeholt um konkrete Lösungen mit den beteiligten Behörden zu erörtern“, ergänzt Margot Isele und führt weiter aus: „Die Schilderungen bestätigen, dass die aktuelle Situation durch den Straßenstrich gravierende Probleme für die Anwohnenden, Firmen und Mitarbeitenden mit sich bringt. Das unterstützt die Forderung nach einer Ausdehnung des Sperrbezirks auf Durlacher Stadtgebiet.“

Die Bürgerinitiative führt die Bestandsaufnahme fort. Auf der Homepage www.durlach-gegen-prostitution.de/ihre-nachricht/ können weiterhin aktuelle Situationen geschildert werden. Alle Schilderungen werden von der BI in die Fortsetzung des Dialogs mit den zuständigen Behörden aufgenommen und zu Gehör gebracht werden.

Margot Isele

Sprecherin der Bürgerinitiative: „Durlach gegen Prostitution“

Anlage:

1. Flyer
2. Fotos Aktion
3. Stellungnahme Stadtverwaltung im Gemeinderat
4. Schriftwechsel und Protokoll BI /Behörden